



[Omid Nouripour]
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

[Mitglied des Deutschen Bundestages]
[omid.nouripour@gruene-frankfurt.de]

Antworten zum #WahlkreisRADar des ADFC Frankfurt a.M.

- 1. Persönliche Prioritäten:** Was ist Ihre persönliche Verbindung zum Fahrrad und zum Radfahren? Was ist Ihnen persönlich beim Thema Alltagsradverkehr besonders wichtig, und wie möchten Sie sich dafür einsetzen?

Das Fahrradfahren steht für Freiheit, Nachhaltigkeit und eine lebenswerte Stadt. Ich war früher viel und gerne mit dem Rad unterwegs. Bei den vielen Terminen, die ich zuletzt deutschlandweit hatte, habe ich es leider vernachlässigt. Kürzlich habe ich mir ein neues Fahrrad gekauft und will nun wieder häufiger Rad fahren.

Beim Thema Radverkehr im Alltag ist mir besonders wichtig, dass Radfahren für alle sicher, bequem und attraktiv wird. Denn jede Person, die sicher und gerne Rad fährt, trägt zu einer klimafreundlichen, gesunden und lebenswerten Gesellschaft bei.

Auch wenn wir Grüne in den letzten Jahren viel für einen sichereren und besseren Radverkehr in Frankfurt getan haben, ist das Radfahren hier häufig mit Ängsten und Unsicherheit verbunden. Wir brauchen: gut ausgebaute und abgetrennte Radwege, sichere Kreuzungen und mehr Fahrradparkplätze – gerade an Bahnhöfen, U-Bahn-Haltestellen und in Innenstädten.
- 2. Position Ihrer Partei:** Wie steht Ihre Partei zur Förderung des Radverkehrs, insbesondere dann, wenn es im Hinblick auf sichere Radinfrastruktur um mögliche Flächenkonflikte zwischen den Verkehrsmitteln geht?

Bitte heben Sie zentrale Punkte und Positionen aus Ihrem Wahlprogramm hervor.

Die Förderung des Radverkehrs – auch und insbesondere auf Bundesebene – hat für uns oberste Priorität. Der Radverkehr ist immer noch die einzige Mobilitätsform, die kein durchgehendes Infrastrukturnetz hat. Radfahrende kennen es nur zu gut: Mal müssen sie auf unsichere Kfz-Spuren ausweichen, mal auf für den Radverkehr freigegebene Fußwege. Das ist für niemanden zufriedenstellend – weder für Auto- oder Radfahrende noch für Fußgänger*innen – und wird den Anforderungen an eine sichere, flüssige Mobilität nicht gerecht. Mit dem neuen

Straßenverkehrsrecht, das wir Grünen maßgeblich vorangetrieben haben, geben wir den Kommunen endlich die Möglichkeit, Mobilität in ihrer Gesamtheit zu gestalten. Erstmals können Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheit und städtebauliche Entwicklung als zentrale Kriterien herangezogen werden. Das bedeutet auch, dass Flächennutzungskonflikte aktiv angegangen werden – selbst wenn dies eine Umorganisation des Autoverkehrs erfordert. Denn sichere Radinfrastruktur ist keine Nebensache – sie ist entscheidend für alle, die sich im Alltag auf zwei Rädern fortbewegen: die Dreijährige auf dem Laufrad, der Sechsjährige auf dem Schulweg, die Seniorin, die sich auf einem guten Radweg mit ihrem Fahrrad sicher fühlt. Eine Verkehrspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, muss diesen Bedürfnissen endlich Rechnung tragen.

3. **Bilanz der letzten Legislaturperiode: Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs haben Sie oder Ihre Partei in der vergangenen Legislaturperiode unterstützt oder abgelehnt?**

Als Grüne Bundestagsfraktion haben wir in der vergangenen Legislaturperiode maßgeblich dazu beigetragen, dass das Straßenverkehrsrecht grundlegend reformiert wurde. Bislang war die Verkehrsplanung stark auf den Autoverkehr ausgerichtet, doch wir haben es geschafft, neue Ziele wie Klima- und Umweltschutz, städtebauliche Entwicklung und Gesundheit gleichberechtigt im Straßenverkehrsgesetz zu verankern. Das bedeutet: Bessere Bedingungen für Radverkehr & sichere Straßen: Kommunen haben jetzt deutlich mehr Spielraum, um durchgängige Radwegenetze, Zebrastreifen und verkehrsberuhigte Zonen umzusetzen. Damit machen wir Wege sicherer – besonders für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen. Mehr Geld für den Radverkehr: Wir haben die Mittel für den Radverkehr im Bundeshaushalt verstetigt, sodass die Finanzierung nun langfristig gesichert ist. Kommunen können dadurch nachhaltiger planen und gezielt in Radinfrastruktur investieren. In der Vergangenheit gab es oft nur kurzfristige Sonderprogramme – das haben wir geändert. Keine unnötigen Hürden für Fahrradanhänger: Unsere Fraktion hat sich klar gegen strengere Vorgaben für Fahrradanhänger in der StVZO ausgesprochen, um den Radverkehr nicht durch überflüssige Regeln zu behindern. Mit diesen Maßnahmen haben wir den Grundstein für die Stärkung des Radverkehrs gelegt.

4. **Ziele für die Zukunft: Welche konkreten Maßnahmen und Gesetzesvorhaben möchten Sie anstoßen oder unterstützen, um den Radverkehr in Ihrem Wahlkreis und bundesweit zu fördern?**

Ich setze mich für eine deutliche Förderung des Radverkehrs in Frankfurt und bundesweit ein. Eine bessere und verlässliche Finanzierung durch den Bund ist entscheidend, um sichere und gut ausgebaute Radwege sowie mehr Fahrradstraßen und Abstellmöglichkeiten zu schaffen. Die Verkehrssicherheit muss oberste Priorität haben. Dafür braucht es eine stärkere Verankerung der Vision Zero im Straßenverkehrsrecht, unter anderem durch mehr Tempo-30-Zonen, sichere Kreuzungen und konsequentere Maßnahmen gegen Falschparken auf Radwegen. Zudem ist eine bessere Verknüpfung von Radverkehr und ÖPNV notwendig. Dazu gehören mehr Bike-and-Ride-Parkplätze an Bahnhöfen und U-Bahn-Haltestellen, eine vereinfachte Fahrradmitnahme im Nahverkehr und eine engere Verzahnung mit Leihradsystemen. So machen wir das Rad zu einer echten Alternative im Alltag.

5. **Wähler:innen einbeziehen: Welche Rolle sehen Sie für Bürgerinitiativen und Vereine wie den ADFC bei der Gestaltung einer fahrradfreundlichen Politik?**

Bürgerinitiativen wie Radentscheid Frankfurt und Vereine wie der ADFC spielen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung einer fahrradfreundlichen Politik. Sie vertreten die Interessen der Radfahrenden, bringen diese aktiv in den öffentlichen Diskurs und in die politische Entscheidungsfindung ein. Ihr Engagement sorgt dafür, dass die Bedürfnisse von Radfahrerinnen und Radfahrern gehört, Gefahrenstellen erkannt und die besten Lösungen aus Sicht der Radfahrenden besprochen werden. Ich schätze die Arbeit dieser Initiativen und die konstruktive Zusammenarbeit mit ihnen sehr. Sie sensibilisieren die Öffentlichkeit für die Vorteile des

Radverkehrs, liefern wertvolle Impulse für eine nachhaltige Mobilitätswende und halten den Druck aufrecht, damit sich unsere Städte und Gemeinden in die richtige Richtung entwickeln – hin zu mehr Sicherheit, besserer Infrastruktur und einer höheren Lebensqualität für alle.